



Gesetz über die National- und Kantonsstrassen und ihre Finanzierung * (Strassengesetz, StrG)

Vom 17. März 1969 (Stand 1. August 2013)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf Art. 61 des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen (NSG) vom 8. März 1960 ¹⁾ sowie auf die §§ 46 und 49 der Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980, *

beschliesst:

§ 1 * Nationalstrassen: Unterhalt und Betrieb

¹ Der Regierungsrat ist befugt, eine Organisation zu gründen oder den Beitritt zu einer solchen zu erklären, die Leistungsvereinbarungen mit den zuständigen Bundesbehörden über den Betrieb und Unterhalt von Nationalstrassen abschliessen kann.

§ 2 * Kantonsstrassen: Bau, Unterhalt und Betrieb

¹ Der Kanton baut, unterhält und betreibt die Kantonsstrassen. Er kann insbesondere bei Innerortsstrecken Teilaufgaben an Gemeinden übertragen.

¹⁾ SR [725.11](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
AGS Bd. 7 S. 296

² Bei Kantonsstrassenvorhaben gelten die nachfolgenden Zuständigkeiten für die Bewilligung der notwendigen Verpflichtungskredite, wenn diese nicht dem Ausgabenreferendum zu unterstellen sind: *

- a) * Über Neuanlagen innerorts und ausserorts, in der Regel basierend auf einem generellen Projekt, beschliesst der Grosse Rat.
- b) * Über die Erweiterung bestehender Kantonsstrassen ausserorts beschliesst der Grosse Rat.
- c) * Über die Anpassung bestehender Kantonsstrassen ausserorts beschliesst der Regierungsrat.
- d) * Über die Änderung bestehender Kantonsstrassen innerorts beschliesst der Regierungsrat, wenn die Gemeinde zuvor ihrem Kostenbeitrag zugestimmt hat. Fehlt ein zustimmender Beschluss der Gemeinde zum Kostenbeitrag, beschliesst der Grosse Rat.

³ Für Verpflichtungskredite bei Kantonsstrassenvorhaben werden die Bestimmungen des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) vom 5. Juni 2012, wenn das vorliegende Gesetz keine abweichenden Bestimmungen enthält, sinngemäss angewendet. *

⁴ Die Verpflichtungskredite sind dem Grossen Rat mit separater Botschaft zu unterbreiten, wenn sie neue einmalige Nettoausgaben von über Fr. 5 Mio. oder wiederkehrende Nettoausgaben von über Fr. 0,5 Mio. enthalten und somit dem Ausgabenreferendum gemäss § 31 GAF unterstehen. Anpassungen bestehender Kantonsstrassen ausserorts sind vom Ausgabenreferendum ausgenommen. Die Berechnung der massgebenden neuen Ausgaben für das Ausgabenreferendum bei Neuanlagen erfolgt brutto. *

⁵ ... *

§ 2a * Ausführungsbestimmungen; Mitwirkung der Gemeinden, Kostenverteilung

¹ Der Grosse Rat erlässt durch Dekret die notwendigen Ausführungsvorschriften zu § 7, über die Verteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden sowie über die Erteilung des Enteignungsrechts.

² Die Gemeinden sind bei der Projektierung und Festsetzung der Kostenverteilung anzuhören. Für die Bemessung ihrer Leistungen sind die Finanzkraft und das Interesse zu berücksichtigen.

§ 3 * ...

§ 4 * ...

§ 5 * Strassenrechnung

a) Grundsatz

¹ Einnahmen gemäss § 6 und Ausgaben gemäss § 7 werden in einer Spezialfinanzierung verbucht. Diese als Strassenrechnung bezeichnete Spezialfinanzierung wird als eigener Aufgabenbereich geführt. *

² Leistungen unter Verwaltungsabteilungen werden abgegolten. Der Grosse Rat kann durch Dekret nähere Bestimmungen erlassen.

³ Die Abgeltungen erfolgen nach dem Netto-Prinzip. Insbesondere werden von den Kosten die Erlöse aus Bussen, die vom Kanton bei Verstössen gegen das Strassenverkehrsrecht erhoben werden, abgezogen.

§ 6 * b) Einnahmen

¹ Zu Gunsten der Strassenrechnung gehen:

- a) Reinertrag der Motorfahrzeugabgaben;
- b) Kantonsanteile aus der Mineralölsteuer, der Nationalstrassenabgabe und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe sowie andere, allgemein für Strassen bestimmte Mittel des Bundes;
- c) werkgebundene Beiträge des Bundes;
- d) Gemeindebeiträge;
- e) Beiträge Dritter;
- f) Abgeltungen gemäss § 5 Abs. 2 und 3.

§ 7 * c) Ausgaben

¹ Zu Lasten der Strassenrechnung gehen

- a) Ausgaben für den Bau, den Unterhalt und den Betrieb von National- und Kantonsstrassen. Dazu gehören auch die für den Bau, den Unterhalt und den Betrieb der Strassen nötigen Werkhöfe, die Gebäude und Einrichtungen für die Überwachung und Lenkung des Strassenverkehrs und die Alarmierung der Einsatzdienste;

- b) die nachfolgend genannten Ausgaben zur Vermeidung von externen Kosten des Strassenverkehrs:
 - 1. Ausgaben für die Sanierung von Niveauübergängen und für Verkehrstrennungsanlagen;
 - 2. Beiträge an Anlagen des öffentlichen Verkehrs, die Kantonsstrassen unmittelbar entlasten;
 - 3. * Beiträge an Umsteigeinfrastrukturen, die den Wechsel vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr begünstigen. Sie bemessen sich nach dem Nutzen zur Entlastung der Kantonsstrassen;
 - 4. * Ausgaben für den Bau der kantonalen Radrouten, sofern sie nicht über bestehende geeignete Gemeindestrassen führen, und Beiträge an den Bau von Radwegen, die Kantonsstrassen unmittelbar entlasten;
 - 5. * Beiträge an den Lärmschutz;
 - 6. * Ausgaben für weitere Massnahmen von untergeordneter Bedeutung zur Vermeidung von externen Kosten, die der Grosse Rat durch Dekret festlegen kann;
- c) Beiträge an Wanderwege;
- d) Beiträge an Wildtierkorridore;
- e) Abgeltungen gemäss § 5 Abs. 2 und 3.

§ 7a * Budgetverwendung Abteilung Tiefbau

¹ Ein Überschreiten der bewilligten Saldi im Globalbudget und in der Investitionsrechnung der Abteilung Tiefbau ist möglich, solange die Spezialfinanzierung Strassenrechnung in der Bilanz der ordentlichen Rechnung ein Guthaben aufweist.

§ 8 Motorfahrzeugabgaben, Festsetzungskompetenz *

¹ Der Kanton erhebt Abgaben für Motorfahrzeuge und Anhänger mit Standort im Kanton Aargau. *

² Die jährlichen Motorfahrzeugabgaben betragen: *

- a) für leichte Motorwagen für den Personentransport und Nutzfahrzeuge bis 1'000 kg Nutzlast
 - 1. bis 5,49 Steuer-PS Fr. 180.–
 - 2. Zuschlag für jede weitere volle oder angebrochene Steuer-PS Fr. 24.–
- b) für Motorräder
 - 1. bis 0,99 Steuer-PS Fr. 36.–
 - 2. von 1,0 bis 1,49 Steuer-PS Fr. 54.–
 - 3. Zuschlag für jede weitere volle oder angebrochene Steuer-PS Fr. 12.–

- | | | |
|----|---|-----------|
| c) | für Nutzfahrzeuge mit mehr als 1'000 kg Nutzlast | |
| 1. | bis 1'500 kg Nutzlast | Fr. 348.– |
| 2. | Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 500 kg Nutzlast bis 5'000 kg | Fr. 72.– |
| 3. | Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 500 kg Nutzlast über 5'000 kg | Fr. 84.– |
| d) | für Transportanhänger an Motorwagen | |
| 1. | bis 500 kg Nutzlast | Fr. 78.– |
| 2. | Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 500 kg Nutzlast bis 5'000 kg | Fr. 18.– |
| 3. | Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 1'000 kg Nutzlast über 5'000 kg | Fr. 30.– |

³ Der Grosse Rat setzt die Motorfahrzeugabgaben für die übrigen Motorfahrzeug- und Anhängerarten sowie die Bemessungsgrundlage fest. Er regelt den Bezug, den Abgabenerlass sowie die Ausnahmen von der Abgabepflicht. *

⁴ Sollten die Bemessungsgrundlagen gemäss Absatz 2 durch ein Konkordat einheitlich festgesetzt werden, so ist der Grosse Rat zum Beitritt zuständig.

§ 9 Verschuldung, Amortisation; Allgemeiner Grundsatz

¹ Der Grosse Rat ist ermächtigt, zur Finanzierung des Strassenbaues und des Strassenunterhaltes Anleihen und Darlehen aufzunehmen.

² Die Strassenschuld, welche die Summe der jährlichen Ausgabenüberschüsse der Strassenrechnung darstellt, ist zu amortisieren. Der Grosse Rat beschliesst über die Amortisation mit dem Voranschlag.

³ Das Ausmass der Neuverschuldung und die Höhe der Amortisationsquote sind auf die Entwicklung des gesamten Finanzhaushaltes sowie auf die konjunkturelle Lage abzustimmen.

§ 10 * ...

§ 11 Aufhebung bisherigen Rechtes

¹ Das Gesetz über den Bau und den Unterhalt der National-, Land- und Ortsverbindungsstrassen (Strassenbaugesetz) vom 17. Oktober 1961 ¹⁾ sowie die widersprechenden Bestimmungen des Gesetzes über den Strassen-, Wasser- und Hochbau vom 23. März 1859 ²⁾ sind aufgehoben.

¹⁾ AGS Bd. 5 S. 249

²⁾ AGS Bd. 1 S. 159

§ 11a * Änderung bisherigen Rechts

¹ Das Gesetz über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993 ¹⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

² Das Gesetz über den Öffentlichen Verkehr (ÖVG) vom 2. September 1975 ²⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

§ 12 * ...

§ 13 * Übergangsrecht

¹ Vorhaben, für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 5. September 2000 der Verpflichtungskredit- beziehungsweise der Kostenteilungsbeschluss des Grossen Rates bereits vorliegt, werden nach altem Recht finanziert.

§ 14 * NFA-Ausgleich

¹ Bis zum Inkrafttreten der Neuordnung der Verkehrsfinanzierung, längstens bis 31. Dezember 2010, geht ein jährlicher Zusatzbeitrag in der Höhe von 9 Mio. Franken zu Lasten der Strassenrechnung an die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturen.

Aarau, den 17. März 1969

Präsident des Grossen Rates
AESCHBACH

Staatsschreiber
DR. SÜTER

*Angenommen in der Volksabstimmung vom 29. Juni 1969.
Inkrafttreten: 29. Juni 1969 (§ 12).*

¹⁾ AGS Bd. 14 S. 309, 370, 454, 566; 1999 S. 14, 387 (SAR [713.100](#))

²⁾ AGS Bd. 9 S. 231; Bd. 11 S. 86; 1995 S. 144; 1996 S. 152, 156; 1998 S. 75 (SAR [995.100](#))

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
02.02.1971	01.01.1972	§ 3	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 198
06.03.1984	01.01.1988	§ 10	aufgehoben	AGS Bd. 11 S. 404
19.01.1993	01.04.1994	§ 4	aufgehoben	AGS Bd. 14 S. 365
05.09.2000	01.01.2001	Erlasstitel	geändert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	Ingress	geändert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 2	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 2a	eingefügt	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 5	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 6	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 7	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 8	Titel geändert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 8 Abs. 1	geändert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 8 Abs. 2	geändert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 8 Abs. 3	geändert	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 11a	eingefügt	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 12	aufgehoben	AGS 2000 S. 308
05.09.2000	01.01.2001	§ 13	eingefügt	AGS 2000 S. 308
18.12.2001	01.01.2003	§ 2 Abs. 2	geändert	AGS 2002 S. 340
18.12.2001	01.01.2003	§ 2 Abs. 5	geändert	AGS 2002 S. 340
28.06.2005	01.01.2006	§ 7 Abs. 1, lit. b), 3.	geändert	AGS 2005 S. 615
28.06.2005	01.01.2006	§ 7 Abs. 1, lit. b), 4.	geändert	AGS 2005 S. 615
28.06.2005	01.01.2006	§ 7 Abs. 1, lit. b), 5.	geändert	AGS 2005 S. 615
28.06.2005	01.01.2006	§ 7 Abs. 1, lit. b), 6.	eingefügt	AGS 2005 S. 615
26.06.2007	01.01.2008	§ 1	totalrevidiert	AGS 2007 S. 335
26.06.2007	01.01.2008	§ 14	eingefügt	AGS 2007 S. 336
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 2	geändert	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 2, lit. a)	eingefügt	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 2, lit. b)	eingefügt	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 2, lit. c)	eingefügt	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 2, lit. d)	eingefügt	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 3	geändert	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 4	geändert	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 2 Abs. 5	aufgehoben	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 5 Abs. 1	geändert	AGS 2013/1-9
05.06.2012	01.08.2013	§ 7a	eingefügt	AGS 2013/1-9

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlässtitel	05.09.2000	01.01.2001	geändert	AGS 2000 S. 308
Ingress	05.09.2000	01.01.2001	geändert	AGS 2000 S. 308
§ 1	26.06.2007	01.01.2008	totalrevidiert	AGS 2007 S. 335
§ 2	05.09.2000	01.01.2001	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
§ 2 Abs. 2	18.12.2001	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 340
§ 2 Abs. 2	05.06.2012	01.08.2013	geändert	AGS 2013/1-9
§ 2 Abs. 2, lit. a)	05.06.2012	01.08.2013	eingefügt	AGS 2013/1-9
§ 2 Abs. 2, lit. b)	05.06.2012	01.08.2013	eingefügt	AGS 2013/1-9
§ 2 Abs. 2, lit. c)	05.06.2012	01.08.2013	eingefügt	AGS 2013/1-9
§ 2 Abs. 2, lit. d)	05.06.2012	01.08.2013	eingefügt	AGS 2013/1-9
§ 2 Abs. 3	05.06.2012	01.08.2013	geändert	AGS 2013/1-9
§ 2 Abs. 4	05.06.2012	01.08.2013	geändert	AGS 2013/1-9
§ 2 Abs. 5	18.12.2001	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 340
§ 2 Abs. 5	05.06.2012	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2013/1-9
§ 2a	05.09.2000	01.01.2001	eingefügt	AGS 2000 S. 308
§ 3	02.02.1971	01.01.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 198
§ 4	19.01.1993	01.04.1994	aufgehoben	AGS Bd. 14 S. 365
§ 5	05.09.2000	01.01.2001	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
§ 5 Abs. 1	05.06.2012	01.08.2013	geändert	AGS 2013/1-9
§ 6	05.09.2000	01.01.2001	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
§ 7	05.09.2000	01.01.2001	totalrevidiert	AGS 2000 S. 308
§ 7 Abs. 1, lit. b), 3.	28.06.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 615
§ 7 Abs. 1, lit. b), 4.	28.06.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 615
§ 7 Abs. 1, lit. b), 5.	28.06.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 615
§ 7 Abs. 1, lit. b), 6.	28.06.2005	01.01.2006	eingefügt	AGS 2005 S. 615
§ 7a	05.06.2012	01.08.2013	eingefügt	AGS 2013/1-9
§ 8	05.09.2000	01.01.2001	Titel geändert	AGS 2000 S. 308
§ 8 Abs. 1	05.09.2000	01.01.2001	geändert	AGS 2000 S. 308
§ 8 Abs. 2	05.09.2000	01.01.2001	geändert	AGS 2000 S. 308
§ 8 Abs. 3	05.09.2000	01.01.2001	geändert	AGS 2000 S. 308
§ 10	06.03.1984	01.01.1988	aufgehoben	AGS Bd. 11 S. 404
§ 11a	05.09.2000	01.01.2001	eingefügt	AGS 2000 S. 308
§ 12	05.09.2000	01.01.2001	aufgehoben	AGS 2000 S. 308
§ 13	05.09.2000	01.01.2001	eingefügt	AGS 2000 S. 308
§ 14	26.06.2007	01.01.2008	eingefügt	AGS 2007 S. 336